

Liegenschafts- und Immobilienpolitik konkret

Im Wahlkampf waren alle Berliner Parteien mit dem Versprechen dabei, die Liegenschafts- und Immobilienpolitik in der armen Hauptstadt nachhaltig verbessern zu wollen. Das heißt, landeseigene Grundstücke und / oder Gebäude sollten nicht mehr - wie bisher - nach undurchsichtigen Vergabeverfahren dem angeblich Meistbietenden, sondern - mit Hilfe von transparenten, nachvollziehbaren Kriterien - auch an Bieter mit überzeugenden städtebaulichen, ökologischen, kulturellen und sozialen Lösungsansätzen überlassen werden.

Außerdem sollte die Möglichkeit geschaffen werden, Flächen als Vorhalteflächen für künftige Nutzungen der Daseinsvorsorge auszuweisen und angesichts der zunehmenden Wohnungsknappheit keine Wohnungen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften mehr zu verkaufen.

Um diese hehren Vorsätze umzusetzen, bedarf es allerdings einer gründlichen Vorarbeit, die die beiden Koalitionspartner *in spe* (SPD und CDU) sofort mit Unterstützung der Oppositionsparteien (Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, Piratenfraktion) angehen können:

- sämtliche landeseigene Fonds, GmbHs, AGs, Holdings, etc., die sich mit Liegenschaften und Immobilien beschäftigen (z.B. Liegenschaftsfonds, BIH, BIM, Adlershof Projekt GmbH, WISTA-Management GmbH, Tempelhof GmbH, Grün GmbH, IGA Berlin 2017 GmbH, Tegel Projekt GmbH, Berliner Großmarkt GmbH), von externen Sachverständigen auf die o.g. Potentiale hin durchleuchten lassen
- die Wirtschaftspläne inkl. finanzieller Risiken für den Landeshaushalt, sowie Beteiligungs- und Geschäftsberichte öffentlich und nachvollziehbar zugänglich machen
- keine Entsendung aktiver Parlamentarier in die Aufsichtsräte, für ehemalige Parlamentarier bzw. Senatoren und Staatssekretäre gilt eine Karenzzeit nach Ausscheiden, von mindestens 5 Jahren bei nachweislicher Qualifikation
- regelmäßige Zwischenberichte des interdisziplinär arbeitenden Steuerungsausschusses, in dem die Senatsressorts Wirtschaft, Finanzen, Stadtentwicklung und Kultur vertreten sein sollen
- Erstellung von belastbaren Nachnutzungskonzepten (inkl. Zeit- und Kostenrahmen) für sämtliche landeseigene Standorte, die von Umzügen oder Entwicklungsmaßnahmen betroffen sein können (z.B. Flughäfen Tempelhof, Tegel und Schönefeld, Dahlemer Museen, Amerika-Gedenkbibliothek, Berliner Stadtbibliothek-Ensembles Breite Strasse)
- denk-offene Beteiligungsprozesse für den Umgang mit öffentlichen, überregional bedeutsamen Orten der Inneren Stadt (z.B. Schlosswiese, ehem. Bauakademie, Marx-Engels-Forum, Rathausforum, Alexander Platz inkl. Ausfallstrassen, Spreeraum, Europacity, Hansaviertel, Areal um ehem. Blumenmarkthalle gegenüber Jüd. Museum)
- auf Grundstücke, die von übergeordneter Bedeutung für Berlin sind und sich bis vor wenigen Jahren noch in öffentlicher Hand befanden, angemessen und fachgerecht, politischen Einfluss nehmen (z.B. vor dem ehemaligen Staatsratsgebäude, Eigentümer ThyssenKrupp; neben der von Schinkel erbauten Friedrichswerderschen Kirche, Eigentümer Bauwert Investment Group)